

hätte, früher schon im Bundesrate dahin zu wirken, daß nicht infolge der fortwährenden Flottenrüstungen, durch die fortwährend sich steigenden Militärlasten die Reichsschuld zu der ungeheuren Höhe von über 3½ Milliarden Mark gestiegen wäre. Sachsen hat 4 Stimmen im Bundesrate, und ich glaube nicht, daß Bayern mit seinen 6 Stimmen ein großes Interesse daran hätte, in die Kerbe Preußens zu hauen; im Gegenteil müßte sich der partikularistische Charakter Bayerns bei dieser Gelegenheit besonders gezeigt haben; suchte man sich doch früher sogar bei den Rockknöpfen an den Militäruniformen seine Selbständigkeit zu bewahren. Meine Herren! Es ist seinerzeit der Herr Finanzminister von Wazdorf gewesen, der in der Kammer offen ausgesprochen hat: wir brauchen uns keiner Täuschung hinzugeben, es werden die Flottenrüstungen fortgehen, die Militärlasten werden weiter wachsen; man wird nicht mehr darauf hoffen dürfen, daß die Überweisungen aus den Reichszöllen etwa diejenige Höhe erreichen, die uns willkommen wäre. Es ist vorhin mit erwähnt worden, daß Sachsen früher 10 und 11 Millionen im Jahre an Überweisungen erhalten hat, und zwar zu einer Zeit, wo wir angeblich noch in einer Geldplethora geschwommen haben, während allerdings in Wirklichkeit ein verhülltes Defizit dagewesen ist, da nach den 7 fetten Rügen die 7 mageren gekommen sind, wo das Reich von uns fort und fort nahm, und auch im vorliegenden Etat sind wiederum ca. 2½ Millionen Mark für das Reich eingestellt worden. Ich fürchte sehr, meine Herren, daß es das Reich überhaupt zu Überweisungen an uns nicht viel mehr wird kommen lassen, im Gegenteil, daß sich die Beiträge, die durch Matrikularumlagen zu decken sind, noch erhöhen werden, und ich mache kein Hehl daraus, daß mir die Matrikularumlagen, die doch aus der direkten Besteuerung fließen, immer noch lieber sind, auch wenn sie erhöht würden, weil man sie kontrollieren kann, als die indirekten Steuern, die wir in unbestimmter Höhe der Reichsregierung ausantworten, wie die Tabaksteuer, die Biersteuer, die Fahrkartensteuer usw. Ich meine, daß ein bestimmtes Verhältnis, wenn auch nach einem zehnjährigen Zeitraume von neuem eine Abgrenzung in bezug auf die Matrikularumlagen vorgenommen würde, immer noch weit erträglicher wäre und den Einzelstaaten ein stetigeres Verhältnis der Finanzgebarung ermöglichte, als es bei der jetzigen Ungewißheit der Fall ist, wo die indirekten Steuern und Abgaben jedes Jahr von neuem in ungewisser Höhe schwanken und neue dergleichen drohen.

Der Herr Kollege Schieck hat uns heute ein sehr bewegliches Bild von den Gefahren entrollt, denen die

Tabakindustrie, falls eine höhere Besteuerung kommt, preisgegeben ist. Er hat uns nachgewiesen, wieviele Tausende von Tabakarbeitern auch in Sachsen davon betroffen werden, daß möglicherweise in ganz Deutschland 35,000 Arbeiter brotlos werden. Das sind doch Tatsachen, meine Herren, die gewiß mit berücksichtigt sein wollen.

Meine Partei steht überhaupt auf dem Standpunkte, daß wir eine Ausgestaltung des indirekten Steuersystems nicht wünschen, besonders aber nicht die Lebensmittelbesteuerung. Wenn es neuerdings Grundsatz geworden ist und auch in neueren finanzpolitischen Lehrbüchern zu finden ist, daß man das indirekte Steuersystem mehr und mehr ausbauen und immer mehr das Gebiet der Ertragssteuern verlassen soll, so meine ich umgekehrt, daß gerade die Ausantwortung direkter Steuern an das Reich schließlich nicht die Gefahren für uns bietet, daß sie allzu mißbräuchlich angewandt werden könnten oder wir schief dabei führen. Meine Partei steht, wie Ihnen bekannt ist, auf dem Standpunkte der Reichseinkommensteuer. Herr Abg. Günther hat bereits auf einige Quellen verwiesen. Wir Sozialdemokraten sind die letzten, die dem Reiche und Staate die Mittel verweigern, die unbedingt notwendig sind. Wir sind schon immer für eine Reichseinkommensteuer eingetreten. Wir sind auch für die Reichserbschaftssteuer, und wir haben nichts dagegen, wenn man dabei nicht nur die Descendenten, sondern auch die Voreltern besteuert. Wir meinen: auch solche direkte Steuern sind immer noch besser als die indirekten Steuern, die doch im wesentlichen die arbeitenden Klassen mit ihrem zahlreichen Kinderheere treffen.

Der Herr Kollege Günther hat mit Recht gefragt, warum wir nicht die Liebesgabe von 45 Millionen Branntweinsteuer dem Reiche schlank überweisen. Ist wirklich das Bedürfnis des Reiches so groß, wohl, dann greife man zu! Ich sehe nicht ein, warum die Branntweinschlempeproduzenten das Geld einstecken sollen. Meine Herren! Ich würde, wenn eine Erbschaftssteuer dennoch zustande kommt, wenigstens wünschen, daß unsere Regierung sie nicht gar so knapp bemessen fordert, daß sie unter 5 bis 6 Millionen nicht abgeht. Ich vermute, daß das Reich, wenn es direkte Steuern in die Hand bekommt, diese auch möglichst ausgestalten will. Was heute nicht ist, kann morgen geschehen. Sie könnte auch die Erbschaftssteuersätze für entfernte Verwandte bis auf 10, 15 oder 20 Prozent bringen. Wir haben's dann nicht mehr in der Hand, denn was das Reich einmal besitzt das wissen wir ja, davon läßt es nichts mehr nach. Wie gesagt, ich hoffe, daß sich die Regierung in dieser Beziehung vorgeesehen hat.